

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 5

Artikel: Brig war eine Reise wert
Autor: Waldner, Liliane
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339335>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brig war eine Reise wert

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz legte am 16. April 1977 in Brig ein eindrückliches Bekenntnis zum Sozialstaat Schweiz ab. Schulter an Schulter mit den Gewerkschaften wird nun die SPS im Hinblick auf den 12. Juni für das Finanzpaket eintreten. Die Arbeitnehmerschaft ist gut beraten, wenn sie möglichst geschlossen dieser Parole folgt; denn eine überzeugende Alternative zum Ja gibt es zurzeit nicht. Dem Staat die nötigen Mittel vorenthalten, käme einer Demontage des Sozialstaates gleich. So erklärt sich auch das Nein von Schwarzenbach, Fischer und Co.

Erfolgreiches Dreigestirn

Dem Dreigestirn *Hubacher, Uchtenhagen, Grobet* ist es weitgehend zu verdanken, dass sich die Delegierten auf so eindrückliche Weise mehrheitlich zum Ja bekannten. Denn die Genannten hatten schon vor dem Kongress landauf, landab an Parteiversammlungen zur Bewusstseinsbildung der Delegierten beigetragen. Die Argumente für das Finanzpaket fielen daher in Brig auf fruchtbaren Boden.

Einen wesentlichen Beitrag zum Abstimmungsergebnis leistete aber auch Bundesrat *Ritschard* mit seinem überzeugenden Diskussionsvotum, das seinen Eindruck auf die Delegierten nicht verfehlte.

Helmut *Hubacher* strich die bedeutenden Entwicklungen in der Ausgabenpolitik des Bundes hervor: Die Ausgaben wurden vermehrt für den Ausbau des Sozial- und Dienstleistungsstaates eingesetzt, was auf die Bundesratsbeteiligung der SP zurückzuführen ist. Darum hat das Rechtsbürgertum Mühe, sich mit diesem Staat abzufinden. Inhalt und Verpackung des Finanzpaketes sind von der Reichtumssteuerinitiative der SPS geprägt. *Die Hälfte der Steuerpflichtigen wird von der Wehrsteuer befreit.* Die Einkommensbezüger über 50 000 Franken werden 91 Prozent der Bundessteuer bezahlen müssen. Heikler ist die Mehrwertsteuer, doch ist sie sozialer als die Warenumsatzsteuer und belastet nicht die Exporte und Investitionen. Die Steuerharmonisierung geht zu wenig weit. Doch haben wir da noch den Köcher der Reichtumssteuerinitiative. *Hubacher* wies darauf hin, dass die SPS als «Gegengeschäfte» zum Finanzpaket die 9. AHV-Revision und die bundesrätliche Zusage zum 4. Arbeitsbeschaffungsprogramm einhandeln konnte.

Grobet erklärte, dass das Defizit ein Strukturdefizit sei und nicht längere Zeit durch Anleihen ausgeglichen werden dürfe. Mit dem Finanzpaket wurde ein wichtiger Besitzstand erreicht und ein Programmpunkt der SPS erfüllt. Die Ansätze der Steuerharmonisierung sind sehr wesentlich im Kampf der Kantone um die Unterbietung der Steuersätze. Die

Gegner bieten keine Alternativen an. Grobet erinnerte an das Jahr 1974, um zu zeigen, was ein Nein bedeuten würde. *Damals sparte der Bund nach der Verwerfung des ersten Finanzpaketes eine Milliarde Franken ein, und zwar vor allem bei der AHV.*

Lilian Uchtenhagen verurteilte die Taktik der Gegner, das Risiko sozialer Spannungen einzugehen, um die Arbeiterschaft für den sozialistischen Kampf auf der Strasse und in den Fabriken mobilisieren zu können. Davon würden höchstens die faschistoiden Kräfte profitieren: Der Mensch und nicht das Dogma steht im Brennpunkt unserer Politik. Die Jugend benötigt heute Ausbildungsplätze. Die Rentner erheben Anspruch auf eine gesicherte AHV.

Für die Gegner des Finanzpaketes, angeführt vom Zürcher Volkswirtschaftler *Erich Spörndli*, hat die Nationalratsfraktion einen faulen Kompromiss eingehandelt: Es geht ihnen darum, die Partei wieder auf einen glaubwürdigen Kurs zu führen. Sie wollen den bürgerlichen Staat nicht stützen und schätzen bei einer Verwerfung der Finanzvorlage am 12. Juni die Gefahr eines massiven Sozialabbaus geringer ein. Die Bürgerlichen können sich einen Sozialabbau nicht leisten, ohne soziale Spannungen hervorzurufen. Die Mehrwertsteuer würde von den Konsumenten, den Leuten mit den niedrigen Einkommen, getragen. Das Geld soll deshalb bei den hohen Gewinnen und den Steuerhinterziehern geholt werden.

Es soll nicht bestritten werden, dass auch respektable Argumente gegen die Finanzvorlage ins Feld geführt wurden. *Das Handicap der Gegnerschaft war, dass sie die Diskussion konzeptionslos führte.*

Wehret den Anfängen

dachten sich die Delegierten, als sie einer Resolution zustimmten, wonach sich die SPS gegen das «Bundesgesetz über die politischen Rechte» engagieren sollte. Dieses Gesetz bringt zwar nicht unwesentliche Vorteile: etwa die Verpflichtung aller Kantone, das Stimmaterial den Wählern zuzustellen. Dazu kommen: Wanderurnen, kein Verlust des Stimmrechts, ausgenommen bei Geisteskrankheit usw. Die Vorteile vermögen aber den Nachteil der Beschränkung der Sammelzeit für Volksinitiativen auf 18 Monate nicht aufzuwiegen. Die SPS widersetzt sich jeglichem Abbau der Volksrechte und wird dem diesbezüglichen Referendumskomitee beitreten. Sie wendet sich auch gegen eine Erhöhung der Unterschriftenzahl bei Initiative und Referendum und wird dafür besorgt sein, dass der gesamte Themenkreis an einem einzigen Wochenende zur Abstimmung gelangen wird.

Chancengleichheit für die Frau

Der Ausbau des Sozialstaates bedingt auch eine Verbesserung der Stellung der Frau in unserer Gesellschaft. Der Parteitag nahm darum eine Resolution der SP-Frauen an. Sie enthält folgende Forderungen:

1. Gleichbehandlung von Mädchen und Knaben in allen Bereichen und auf allen Stufen des Bildungswesens und der Berufsbildung.
2. Gleichberechtigung von Mann und Frau im Familienrecht.
3. In der Arbeitswelt Anerkennung des Rechts auf Arbeit.
4. Das Postulat Wüthrich betreffend die gesetzliche Verankerung des Grundsatzes auf Lohngleichheit ist zu verwirklichen.
5. Die Schaffung einer sozialen Krankenversicherung mit Mutterschaftsversicherung für alle Frauen.
6. Gleiche flexible Altersgrenze für die Rentenberechtigung von Männern und Frauen.
7. Die eigenständige AHV-Rente für die Ehefrauen.
8. Dreimonatige Fristenlösung mit freier Arztwahl bei Schwangerschaftsabbruch.
9. Angemessene Vertretung der Frauen in Parlamenten und Parteigremien.

Für einen Ausbau der Monatsschrift SPS

Unsere Zeitschrift soll gemäss einem Beschluss des Parteitages weiter ausgebaut werden. Der Maulkorb-Antrag aus Niederhasli wurde zugunsten eines positiven Antrages aus Bülach zurückgezogen. Zweifellos hätte sich die weit überwiegende Mehrheit der Delegierten der Einschränkung redaktioneller Meinungsfreiheit widersetzt. Wer gegenüber der Redaktion eine andere Auffassung vertritt, der sollte das Diskussionsforum «Profil» benützen, um so der Meinungsbildung innerhalb der SPS zu dienen.

Mitglieder der Geschäftsleitung erklärten mir, dass das «Profil» das einzige Organ innerhalb der Arbeiterpresse sei, das über einen gesicherten Stock von Abonnenten verfüge. Es blieb von der Krise der Arbeiterpresse unberührt und konnte sogar die Abonnentenzahl erheblich steigern. Dies ist ein Verdienst des langjährigen Redaktors Richard Lienhard. Angewiesen ist er jedoch auf die Hilfe möglichst zahlreicher Mitarbeiter, die ehrlich bemüht sind, zur weiteren Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie – nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch – beizutragen. Davon hängt es letztlich ab, ob sich der Antrag auf Ausbau dieses Organs verwirklichen lässt.